

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
22.03.2012, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

| | |
|------------------------------|-----------------------|
| Ratsvorsitzende: | Hannelore Schneider |
| 1. stellv. Ratsvorsitzender: | Jürgen Rathkamp |
| 2. stellv. Ratsvorsitzende: | Elke Vollmer |
| Bürgermeister: | Gerd-Christian Wagner |
| stellv. Bürgermeister: | Iko Chmielewski |
| | Peter Nieraad |
| | Raimund Recksiedler |
| Ratsmitglieder: | Sascha Biebricher |
| | Rudolf Böcker |
| | Heinz Peter Boyken |
| | Dirk Brumund |
| | Jürgen Bruns |
| | Hergen Eilers |
| | Dr. Susanne Engstler |
| | Karl-Heinz Funke |
| | Jörn Kickler |
| | Bernd Köhler |
| | Lars Kühne |
| | Walter Langer |
| | Abbes Mahouachi |
| | Djure Meinen |
| | Alfred Müller |
| | Georg Ralle |
| | Bernd Redeker |
| | Sebastian Schmidt |
| | Ingrid Schuster |
| | Steffen Schwärmer |
| | Maren-Susan Toepler |
| | Jörg Weden |
| | Dorothea Weikert |
| Gleichstellungsbeauftragte: | Brigitte Kückens |
| von der Verwaltung: | Klaus Engler |
| | Olaf Freitag |
| | Marion Groß |
| | Rolf Heeren |
| | Dirk Heise |
| | Meike Knop |
| | Jörg Kreikenbohm |
| | Rainer Rädicker |
| | Johann Taddigs |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 15.02.2012
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berufung eines hinzugewählten Ausschussmitgliedes für den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales (§ 71 Abs. 7 NKomVG)
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 23.02.2012**
- 6.1.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012**
- 6.1.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresergebnisses
- 6.1.1.2 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012
- 6.1.1.3 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012
- 6.1.1.4 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012
- 6.2 Verwaltungsausschuss vom 15.03.2012**
- 6.2.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 05.03.2012**
- 6.2.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010, Beschluss über die Entlastung der Betriebsleitung und die Verwendung des Reingewinns per 31.12.2010
- 6.2.1.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2012 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2011 - 2015
- 6.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012**
- 6.2.2.1 Jahresrechnung 2010 der Grosse-Stiftung
- 6.3 Verwaltungsausschuss vom 22.03.2012**
- 6.3.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012**
- 6.3.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 201
- 6.3.1.1.1 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Stadtsanierung Stadtumbau West
- 6.3.1.1.2 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Anbindung Schützenwiese
- 6.3.1.1.3 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder
- 6.3.1.1.4 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Umgestaltung des Schloßplatzes

- 6.3.1.1.5 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Kinderspielplatz Dangast
- 6.3.1.1.6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012; Satzungsbeschluss
- 6.3.1.2 15. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelser Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Gröne, Hinz und Dr. Seelig entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 15.02.2012

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 15.02.2012 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

5 Berufung eines hinzugewählten Ausschussmitgliedes für den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales (§ 71 Abs. 7 NKomVG) Vorlage: 114/2012

Der Rat der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 15.12.2012 Herrn Sascha Ren-

ken als Vertreter der Träger der Jugendarbeit als hinzugewähltes Ausschussmitglied gem. § 71 Abs. 7 NKomVG in den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales berufen. Mit anliegendem Schreiben teilte der Stadtjugendring mit, dass diese Aufgabe ab sofort von Herrn René Feldmeier wahrgenommen werden soll.

Beschluss:

Herr Sascha Renken, wohnhaft Meisenweg 14, 26316 Varel wird mit sofortiger Wirkung als Vertreter der Jugendarbeit als hinzugewähltes Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales abberufen.

Herr René Feldmeier, wohnhaft Pillauer Str. 5, 26316 Varel wird mit sofortiger Wirkung als Vertreter der Jugendarbeit als hinzugewähltes Mitglied in den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales berufen.

Einstimmiger Beschluss

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 23.02.2012

6.1.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012

**6.1.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 050/2012**

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010 wird festgestellt. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der Jahresgewinn in Höhe von 1.496,26 € ist zur Verlusttilgung zu verwenden.

Einstimmiger Beschluss

**6.1.1.2 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 055/2012**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2012 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses

ses für Wirtschaft und Finanzen 09.02.2012 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2011 – 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

6.1.1.3 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: 053/2012

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6.1.1.4 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: 054/2012

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6.2 Verwaltungsausschuss vom 15.03.2012

6.2.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 05.03.2012

6.2.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010, Beschluss über die Entlastung der Betriebsleitung und die Verwendung des Reingewinns per 31.12.2010 Vorlage: 082/2012

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010 einschließlich des Lageberichtes wird festgestellt. Der Betriebsleitung wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresgewinn per 31.12.2010 in Höhe von 41.807,47 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und im Wirtschaftsjahr 2012 an die Stadt Varel als Verzinsung des von ihr zur Verfügung gestellten Eigenkapitals abgeführt.

Einstimmiger Beschluss

6.2.1.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2012 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2011 - 2015
Vorlage: 081/2012

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2012 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 05.03.2012 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für den Planungszeitraum 2011 – 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

6.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012

6.2.2.1 Jahresrechnung 2010 der Grosse-Stiftung
Vorlage: 090/2012

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird gem. § 19 Abs. 2 NStiftG in Verbindung mit den §§ 129 Abs.1 und 131 Abs. 1 NKomVG beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 19 Abs. 2 NStiftG in Verbindung mit den §§ §§ 129 Abs.1 und 131 Abs. 1 NKomVG erteilt.

Einstimmiger Beschluss

6.3 Verwaltungsausschuss vom 22.03.2012

6.3.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012

6.3.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 201
Vorlage: 097/2012/1

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Fraktion ZV zum Haushalt 2012 noch einige Anträge gestellt hat, über die im Anschluss an die Haushaltsreden einzeln abgestimmt wird. Einige Anträge wurden bereits in der vorgelagerten Sitzung des Verwaltungsausschusses zurück genommen. Unter anderem der Antrag, den Ansatz für die Entsiegelung der Moorstraßen aus dem Haushalt heraus zu nehmen. Einvernehmlich wurde beschlossen, den Ansatz in Höhe von 80.000 € zunächst im Haushalt zu belassen, aber erneut Alternativ-Möglichkeiten zur Ent-

siegelung zu prüfen. Über die Art der Sanierung der Moorstraßen wird der Rat dann gesondert entscheiden.

Ratsherr Bruns dankt der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltes 2012. Die Gruppe SPD/CDU/FDP hat in mehreren Sitzungen den Haushalt 2012 beraten. Alle Fraktionen sind sich angesichts der schlechten finanziellen Lage einig, dass alle Möglichkeiten zum Sparen genutzt werden müssen. Der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2012 weist Aufwendungen in Höhe von ca. 34 Mio. € und Erträge in Höhe von ca. 28 Mio. € aus. Damit entsteht ein Defizit von ca. 6 Mio. €. Die Mehrheitsgruppe hat sich frühzeitig um eine Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bemüht und deren Wünsche, soweit sie vorgebracht wurden, in den Beratungen mit aufgenommen. Bei der schwierigen finanziellen Situation ist aber zu bedenken, dass die Kommunen von Bund und Land nicht ausreichend finanziell ausgestattet werden. Bund und Land sind in der Pflicht, dieses zu ändern. Dabei kann aus Sicht des Rats Herrn Bruns auch eine Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt (Ersparnis ca. 200.000 €) den Haushalt nicht wesentlich sanieren. Es ist daher falsch den Landkreis für die schlechte Lage mitverantwortlich zu machen, es wäre wichtiger zusammen mit dem Landkreis das Defizit zu bekämpfen. Der Kreis zeigt dabei durchaus Bereitschaft zur Unterstützung. In diesem Zusammenhang weist Rats Herr Bruns auf die gute Zusammenarbeit bezüglich des Technologiezentrums hin. Nun ist es wichtig auch in anderen Bereichen, z. B. wegen des Dienstleistungszentrums mit dem Landkreis Gespräche aufzunehmen.

Das Problem Varels liegt aus Sicht des Rats Herrn Bruns nicht bei den Investitionen, sondern bei den laufenden Kosten. In den Aufwendungen in Höhe von insgesamt ca. 34 Mio. € sind große Positionen enthalten, die sich dem direkten Einfluss des Rates entziehen, wie z. B. Kreisumlage 10,4 Mio. € und Personalkosten 9,3 Mio. €. Weitere große Bereiche sind der Bereich der Kindergärten und Schulen mit 2,7 Mio. €, die Bauunterhaltung mit 1 Mio. € und der Zuschuss Dangast mit 1 Mio. €. Der Rat hat kaum Entscheidungsfreiheit, um in einzelnen Bereichen deutliche Einsparungen vorzunehmen. Das zeigt, dass die Gesamtstruktur der kommunalen Finanzierung nicht in Ordnung ist. Nun ist die Frage wie man damit umgeht und ob man noch gestalten möchte, obwohl kein Spielraum mehr vorhanden ist. Eine weitere Verschuldung belastet die nächste Generation, aber auch übermäßiges Sparen belastet die Bürger, da damit die Attraktivität der Stadt deutlich abnimmt. Bis jetzt ist die Stadt Varel noch für viele ein attraktiver Standort, Ziel muss es sein, dieses zu erhalten.

In den ersten Haushaltberatungen der Mehrheitsgruppe konnten Kosten in Höhe von 850.000 € eingespart werden. Leider wurde ein großer Teil davon durch eine erneute negative Prognose bei den Gewerbesteuereinnahmen, minus 700.000 €, aufgezehrt. Daher ergibt sich nur eine Verbesserung von 150.000 € zum ersten Entwurf. Durch das Schieben von Investitionen in Höhe von 3 Mio. € verringern sich die Zinsausgaben. Die Personalkosten wurden auf 9,3 Mio. € gedeckelt. Nun ist es Aufgabe der Verwaltung mit diesem Ansatz auszukommen. Darüber hinaus wurde der Ansatz für Fortbildung und Betriebsfest um 18.000 € gekürzt, auch wenn es der Mehrheitsgruppe schwer gefallen ist. Weitere Einsparungen wurden in der Jugendarbeit, -5.000 €, bei den Märkten -18.000 € und im Garten- und Bauamt -100.000 € vorgenommen. Bei der Straßenbeleuchtung wurde die Ausgabe für die Einführung neuer energiepolitischer Standards auf 25.000 € begrenzt.

In vielen Bereichen werden dieses Jahr Investitionen zunächst geschoben. An den Grundschulen wird im Jahr 2012 nur das zwingend notwendige investiert, auf alle anderen Investitionen wie z. B. die Pausenhalle an der Grundschule Langendamm wird zunächst verzichtet. In diesem Bereich ist es auch wichtig, zunächst das Grundschulkonzept abzuwarten, um dann gezielt in die verbleibenden Grundschulen zu investieren. Bisher gilt für alle Schulen ein Bestandsschutz bis 2013. Es ist

wichtig ergebnisoffen in die Diskussion um das Grundschulkonzept einzusteigen und diesem nicht mit Investitionsentscheidungen vorzugreifen. Auch im Bereich der Sportstätten werden in diesem Jahr 60.000 € geschoben. Über mögliche zukünftige Investitionen wird in enger Zusammenarbeit mit den Sportvereinen entschieden. In diesem Zusammenhang dankt Ratsherr Bruns Herrn Lambertus für seine Moderation zwischen Stadt und Vereinen. Auch der geplante Umbau des Sanitärbereichs der Feuerwehr Borgstede kann, auch wenn es schwer fällt, zunächst nicht in diesem Jahr erfolgen. Gleichermaßen wird der Ansatz für die Dorferneuerung Dangast in Höhe von 200.000 € in diesem Jahr nicht im Haushalt veranschlagt werden können.

Trotz der schlechten Haushaltslage hat sich die Mehrheitsgruppe aber dafür entschieden die großen Projekte wie Stadtsanierung, Stadtumbau West und die Dorferneuerung Dangast weiterhin zu verfolgen.

Im Jahr 2001 hat der Rat der Stadt Varel einen Grundsatzbeschluss zur Stadtsanierung gefällt. Seit dem wurden 6,9 Mio. € in diesem Bereich investiert, wobei die Stadt für private und öffentlichen Maßnahmen einen Eigenanteil von 2,6 Mio. € aufbringen musste. Das gesamte Projekt neigt sich langsam dem Ende zu, große Maßnahmen sind nur noch der Schlossplatz und das Postgebäude. Die Mehrheitsfraktion spricht sich dafür aus, dieses jetzt noch zu Ende zu bringen. Für den Schlossplatz sind Kosten in Höhe von 900.000 € eingeplant, dabei erhält die Stadt eine 5/6 Förderung. Es ist aus Sicht des Ratsherrn Bruns wichtig jetzt auch die Sanierung des Schlossplatzes zum Abschluss zu bringen. Es ist viel Arbeit in die Planung geflossen, die Bürger wurden beteiligt. Es ist aus seiner Sicht richtig dieses Projekt weiter zu führen, denn die Bürger wünschen eine verlässliche Politik. Jetzt können die Fördermittel genutzt werden. Später ist eine Sanierung nur mit Eigenmitteln möglich. Die Chance sollte sich die Stadt nicht vergeben.

2008 fällte der Rat der Stadt Varel eine Grundsatzentscheidung zum Stadtumbau West. In diesem Beschluss sprach sich der Rat dafür aus, 300.000 € jährlich für den Stadtumbau West bereit zu stellen. Den Eigenanteil zur Förderung muss die Stadt tragen, ansonsten ist sie verpflichtet Gelder zurück zu zahlen. Es wird auch sehr schwierig sein, wenn man jetzt aussteigt, später wieder einzusteigen. Mit der Planung des neuen Dienstleistungszentrums im Kasernengelände sieht Ratsherr Bruns eine große Chance für die Stadt. Wenn keine Nutzung des Geländes erfolgt, verfallen die Gebäude. Voraussichtlich kann auch durch die Umnutzung eine neue Spielstätte für das Theater gefunden werden, damit ergeben sich dann auch neue Möglichkeiten für das Tivoli, bei dem in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von 1,3 Mio. € notwendig wären.

Zum Projekt Dorferneuerung Dangast betont Ratsherr Bruns, dass es nicht gestrichen, sondern geschoben wurde. In diesem Jahr steht noch ein Rest aus dem Jahr 2011 in Höhe von 150.000 € zur Verfügung. Dabei ist es wichtig für Dangast ein ganzheitliches Konzept zu diskutieren, in dem auch die Dorferneuerung berücksichtigt wird.

Ratsherr Bruns ist froh, dass es gelungen ist, nicht bei den Vereinen und sozialen Institutionen zu sparen. Das Ehrenamt ist wichtig für die Gemeinschaft, in den Vereinen wird viel geleistet und gerade dort ist das Geld gut aufgehoben. Im Haushalt ist weiterhin ein Ansatz von 18.000 € zur Förderung des Ehrenamtes bei der Feuerwehr enthalten. Auch wenn die konkreten Maßnahmen noch nicht fest stehen, ist es wichtig den Nachwuchsschwierigkeiten der Feuerwehr entgegen zu treten.

Zur Sanierung der Moorstraßen wurde der Ansatz in Höhe von 80.000 € im Haushalt belassen. Dem Antrag der Fraktion ZV, zunächst die Entsiegelung zu stoppen und vorher andere Möglichkeiten der Sanierung zu prüfen, wurde entsprochen. Die Stadt wird sich bei der Gemeinde Rastede über deren Sanierungsformen informieren und dann entscheiden, wie in Varel die Moorstraßen saniert werden. Wichtig ist aber, dass andere Verfahren im finanziellen Rahmen bleiben.

Trotz schlechter Haushaltslage ist keine Schließung öffentlicher Einrichtungen vorgesehen. Die Krippen werden wie geplant weiter ausgebaut, die Innenstadtsanierung vorangetrieben, das Kasernengelände entwickelt und die Dorferneuerung Dangast geht weiter. Dabei muss sicherlich geschaut werden, wie im Einzelnen Strukturen geändert werden können, die dann auch die Bürger belasten könnten. Aber zunächst sind keine Steuer- und Abgabenerhöhungen vorgesehen. Dieses kann aber in den folgenden Jahren nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass das Problem der Stadt die laufenden Kosten sind. An deren Konsolidierung wird im Haushaltssicherungskonzept gearbeitet. Aus Sicht des Rats Herrn Bruns ist mit dem jetzigen Haushaltssicherungskonzept ein guter Weg in die richtige Richtung aufgezeigt. Es konnten bereits in den Haushaltsberatungen ca. 150.000 € als echte Einsparung konsolidiert werden. Das Konzept enthält viele Prüfungsaufträge, die in den nächsten Wochen abgearbeitet werden müssen.

Bei den Liegenschaften muss geschaut werden, welche sind für die Stadt notwendig und von welchen kann die Stadt sich trennen. In viele Liegenschaften muss investiert werden, da in den letzten Jahren die Mieten nicht wieder reinvestiert wurden. Es ist aber aus Sicht des Rats Herrn Bruns wichtig, dass nicht überstürzt eine Verkaufsentscheidung getroffen, sondern auch hier konzeptionell vorgegangen wird.

Weiterhin gilt es zu prüfen, ob in der Stadt weitere Parkflächen bewirtschaftet werden können. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass Parkflächen für die Beschäftigten der Innenstadt zur Verfügung stehen müssen.

Bei der Forderung nach einem Bäderkonzept geht es der Mehrheitsgruppe nicht um die Schließung einzelner Bäder, sondern um die Schaffung von Synergien. Im Bereich des Eigenbetriebes Dangast wird ein Konzept erarbeitet, das in den nächsten Monaten vorliegen wird.

Für den Bereich Krippen und Kindertagesstätten wird ein Krippengipfel ins Leben gerufen, um den Gegebenheiten dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Es ist geplant, auch die Betriebe finanziell an Kindertagesstätten zu beteiligen.

In der Jugendarbeit ist es wichtig die Zielrichtung festzulegen, um Schwerpunkte setzen zu können, wie z. B. Integration und Ferienbetreuung. Es ist eine Untersuchung der jetzigen Jugendarbeit notwendig, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Im Bereich der Grundschulen muss ein Konzept erarbeitet werden, wie es mit den Grundschulen nach dem Bestandsschutz bis 2013 weitergehen kann. Dafür ist es wichtig im Jahr 2012 noch konkrete Beschlüsse zu fassen, damit alle sich frühzeitig auf eventuelle Änderungen einstellen können.

Auch die Position der Gleichstellungsbeauftragten soll aus Sicht der Mehrheitsfraktion auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei geht es nicht um ihre inhaltliche Arbeit, sondern um die Struktur.

Insgesamt steht die Stadt Varel vor einer schwierigen Haushaltssituation. Es ist wichtig eine Balance zwischen Einschnitten und Sparen und dem Erhalt von einem guten Leben in Varel zu finden. Rats Herr Bruns hoffte daher auf eine breite Mehrheit für den vorgelegten Haushaltsentwurf 2012.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski weist darauf hin, dass die Fraktion MMW Anträge zur Haushaltsberatung eingebracht hat, diese aber leider nicht eingeflossen sind.

Zum Thema Stadtumbau West zeigt stellv. Bürgermeister Chmielewski auf, dass 2008 der Grundsatzbeschluss aus einer anderen Intention heraus gefasst wurde. Damals ging es um die Ansiedlung der BBS auf dem Kasernengelände und der Möglichkeit dafür Fördermittel zu generieren. Jetzt besteht mit dem Wunsch des Landkreises nach einem Dienstleistungsgebäude ein ganz anderer Hintergrund. Aus Sicht der Fraktion MMW ist es abzulehnen, dass die Stadt das Dienstleis-

tungsgebäude des Landkreises über den Eigenanteil der Städtebauförderung mit einem Betrag von 450.000 € fördert. Es ist gut, dass der Landkreis dazu Gesprächsbereitschaft signalisiert hat.

Im Bereich Stadtanierung-Schlossplatz lehnt die Fraktion MMW die derzeitige Planung ab. Aus ihrer Sicht ist es die falsche Zielrichtung, die hier verfolgt wird. Es ist wichtig, dass ein Platz geschaffen wird, auf dem sich die Bürger gerne aufhalten.

Da die Fraktion MMW schon immer den Verkauf der Schützenwiese abgelehnt hat, sehen sie auch nicht ein, dass die Stadt die Anbindung des Familamarktes zahlt. Es hätte andere, bessere Möglichkeiten gegeben, die Stadt im Bereich des Einzelhandels zu fördern, wie z. B. auf dem Postgelände oder direkt die Innenstadt. Die Erweiterung des Familamarktes entwertet aus ihrer Sicht die eigene Immobilie „Innenstadt“. Eine weitere Folge des Verkaufs der Schützenwiese ist die Verlagerung der Märkte und die damit entstehenden Kosten. Dieses wäre nicht nötig gewesen.

Oberstes Ziel bei der Gestaltung des Haushaltes sollte es sein, die Stadt lebenswert zu machen und die soziale Komponente nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Mehrheitsgruppe betonte, dass sie nicht bei den Vereinen gespart hat, aber so wie es die Fraktion MMW sieht, gibt es viele Einsparungen zu Lasten der sozialen Komponente, wie z. B. im Bereich der Kindergärten, Schulen und Sportstätten. Darüber hinaus bedauert die Fraktion MMW die Einsparung bei der Jugendarbeit. Jugendarbeit ist eine Investition in die Zukunft und es ist daher falsch gerade in diesem Bereich zu sparen. Auch falsch ist es, den Ansatz für Fortbildung und Betriebsfest der Mitarbeiter zu kürzen. Eine Investition in das Kapital „Mitarbeiter“ ist wichtig und eine gute Ausbildung Voraussetzung für gute Leistung.

Die Einsparung im Bereich der Straßenbeleuchtung lehnt die Fraktion MMW ab. Vor einem Jahr hat die Fraktion MMW einen Antrag zur Straßenbeleuchtung gestellt, einen konzeptionellen Fond zu bilden, um neue Energien zu fördern. Dieser wurde jetzt raus genommen. Damit fehlt ein Pool um neue Energien umzusetzen. Die Verwaltung hat im letzten Jahr durch gezielte Maßnahmen gezeigt, dass sie gut arbeitet insbesondere im Bereich Dangast wurden endlich neue Strukturen geschaffen. Es zeigt, dass es möglich ist, in kleinen Schritten zu einer wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen. Es ist jetzt wichtig, dass dieser Weg weiter gegangen wird. Bei jeder Investition muss geprüft werden, worin der Mehrwert liegt. Insgesamt wird die Gruppe MMW/Die Linke aus den oben genannten Gründen den Haushalt 2012 und das Haushaltssicherungskonzept ablehnen.

Ratsherr Funke lobt die Arbeit der Kämmerei bei der Vorbereitung des Haushaltes 2012.

Im Gegensatz zu der Mehrheitsgruppe sieht er das Problem des Haushaltes 2012 nicht bei den laufenden Kosten. Von 2005 bis 2011 war es richtig, da bis dahin Investitionen nicht über zusätzliche Schulden finanziert werden mussten. Das ist jetzt nicht mehr so. Daher ist es aus Sicht der Fraktion ZV auch nicht zwingend, die früher gefassten Beschlüsse, z. B. zur den Sanierungsgebieten, aufrecht zu erhalten. Es ist aus ihrer Sicht durchaus legitim, die früher gefassten Beschlüsse zu überdenken.

Die neue Fußgängerzone ist aus Sicht es Ratsherrn Funke ihr Geld nicht wert. Es kann nicht so gesehen werden, dass der hohe Landeszuschuss einen Mehrwert für die Stadt gebracht hat. Ein tatsächlicher wirtschaftlicher Mehrwert ist nicht erwiesen. Er kann nicht erkennen, dass durch den Neubau der Fußgängerzone mehr Kunden die Innenstadt frequentieren und es dadurch zu mehr Umsätze kommt. Diese Innenstadtsanierung jetzt fortzuführen und den Schlossplatz auch noch neu zu gestalten, kann Varel sich nicht leisten. Und wenn dann doch auf dem Schlossplatz etwas gemacht werden soll, dann ist es zumindest wichtig, dass der Schlossplatz ein Platz wird, auf dem sich die Bürger gerne aufhalten.

Die Fraktion ZV kritisiert das Konstrukt um die Erweiterung des Familiamarktes, die damals vom Landkreis und der IHK abgelehnt wurde, in dem die Stadt die Anbindung zahlt und die Bünting-Gruppe den Rechtsabbieger vor dem Rathaus. Ihnen ist der Grund für diese Konstellation bekannt, bei der es um Fördermittel geht, die nur die Stadt beantragen kann. Allerdings ist der Bau eines Rechtsabbiegers an der B437 Bundesangelegenheit und daher aus ihrer Sicht vom Bund zu finanzieren. Er vermisst, dass nie mit dem Bund über eine Kostenübernahme verhandelt wurde, denn so finanziert die Stadt indirekt eine Bundesaufgabe. Die Kosten für die Anbindung der Schützenwiese hätten in den Kaufpreis mit einkalkuliert werden müssen. Ratsherr Funke bedauert auch, dass nicht andere Möglichkeiten als Alternative zum Verkauf der Schützenwiese geprüft wurden, z. B., dass die Stadt als Investor für die Familiaerweiterung auftritt und dann an Familia vermietet. Das Dienstleistungszentrum liegt im Interesse des Landkreises. Eine Unterstützung durch die Stadt ist gut, wenn genug Geld vorhanden ist. Ratsherr Funke kann diejenigen nicht verstehen, die sagen, dass sich die Stadt über den Zustand des Kasernengeländes Gedanken machen muss, denn es ist eine Immobilie des Bundes. Und die Stadt kann dort nur tätig werden, wenn der Bund es will und sie genug Geld dafür hat und das hat sie nicht. Es ist falsch in große Dinge zu investieren und dann im Kleinen, wie z. B. in der Straßenbeleuchtung und an der Fortbildung der Mitarbeiter, zu sparen. Außerdem müsste sich die Stadt dann auch über andere Immobilien, z. B. an der Neumühlenstraße Gedanken machen, die auch seit Jahren leer stehen.

Bei der Investition in einen Spielplatz in Dangast, bei dem die Stadt einen Eigenanteil von 70.000 € zu tragen hat, sollte aus Sicht der Fraktion ZV zunächst abgewartet werden, wie sich die nächsten Jahre entwickeln. Die Finanzierung ist nicht aus einem Gewinn geplant, sondern aus Abschreibungen, die wiederum fehlen, wenn Ersatzinvestitionen und Unterhaltung notwendig sind. Dann wird der Betrag in das Defizit Dangast einfließen und damit den städtische Haushalt belasten.

Jetzt, wo es auf jeden Euro im Haushalt ankommt, kann diese Unsicherheit nicht eingegangen werden. Darüber hinaus fragt Ratsherr Funke, ob die Mehrheitsgruppe bei ihrer Forderung, dass die Dorferneuerung ganzheitlich betrachtet werden muss, auch damit gemeint ist, dass der Verkauf der Kuranlage und ein möglicher Bau eines Hotels damit im Zusammenhang gesehen wird.

Das Haushaltssicherungskonzept enthält nur Prüfungsaufträge und keine Fragen, die etwas weiter gehen, wenn man eine echte Analyse des Haushaltes betreibt. Mehrere nicht originäre Aufgaben der Stadt, wie z. B. Grundsicherung und Wohngeld, sind heute nicht mehr kostendeckend und verursachen nicht unerhebliche Kosten für die Stadt. Ratsherr Funke kritisiert, dass dieses in keiner Weise diskutiert wird oder im Haushaltssicherungskonzept enthalten ist. Es muss überprüft und gesagt werden, wer das bezahlen soll, denn es ist eigentlich nicht Aufgabe der Stadt dieses zu tragen.

Auch fehlt Ratsherrn Funke die Erwähnung des Entschuldungsvertrages der Gemeinde Wangerland mit dem Land Niedersachsen, in dem Zuge der Landkreis Mitarbeiter und Aufgaben der Gemeinde Wangerland übernommen hat. Damit erfolgt eine Entschuldung einer Kommune zu Lasten der anderen Kommunen des Landkreises. Die Stadt Varel trägt über die Kreisumlage mind. 25 % der Kosten. Das heißt die Stadt Varel trägt in ihrem Haushalt einen Teil der Entschuldung der Gemeinde Wangerland. Aus diesem Grund hat sich Ratsherr Funke auch im Kreistag dafür eingesetzt, dass die Kreisumlage um 1 Punkt gesenkt wird. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, entweder gibt es durch den Landkreis eine Erstattung an die anderen Städte und Gemeinden des Landkreises oder der Landkreis übernimmt die Aufgabe auch von den anderen Städten und Gemeinden, zur Entlastung dieser Städte und Gemeinden. Das muss diskutiert werden.

Die Fraktion ZV lehnt weiterhin die Fremdenverkehrsabgabe ab und hätte eine Erhöhung der Zweitwohnungssteuer bevorzugt. Die Fremdenverkehrsabgabe

stellt eine zusätzliche Belastung für die meisten Bürgerinnen und Bürger Varels dar. Ratsherr Funke bedauert, dass die SPD, die vorher auch gegen diese Abgabe war, dieses nun so hinnimmt.

Es kann nicht sein, dass den Bürgern gesagt wird, sie müssen den Gürtel enger schnallen und gleichzeitig wird die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder erhöht. Der Belegschaft kann nicht das Betriebsfest und die Fortbildung gestrichen werden, wenn die Ratsmitglieder selbst 10.000 € mehr an Aufwandsentschädigung erhalten. Die Stadt liegt mit ihrer Aufwandsentschädigung an der obersten Grenze.

Die Fraktion ZV hat versucht sich mit konkreten Anträgen an der Konsolidierung zu beteiligen, leider wurden die meisten abgelehnt. Für das Entgegenkommen bei dem Thema Moorstraßen/Entsiegelung bedankt sich die Fraktion ZV, da damit dem Wunsch der Anlieger Rechnung getragen wird. Insgesamt vermisst die Fraktion ZV aber bei der Mehrheitsgruppe ein schlüssiges Handeln.

Ratsherr Eilers weist auf die zurzeit bedenkliche Haushaltssituation hin. Es muss eine andere Richtung eingeschlagen werden, um langfristig wieder eine Perspektive auf einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten. Dafür ist es notwendig inne zu halten und eine Neuorientierung zu suchen. Die Mehrheitsgruppe hat sich um eine Neuausrichtung bemüht. Gegenüber dem ersten Entwurf konnten Aufwendungen in Höhe von ca. 850.000 € eingespart werden, auch wenn neue Entwicklungen im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen davon 700.000 € wieder aufgezerrt haben. Durch das Streichen und Schieben von Investitionen konnte die nötige Kreditaufnahme um 1,384 Mio. € gesenkt werden. Bleibt eine Neuverschuldung von 1,836 Mio. €. Gegenüber 3 Mio. € Schulden ist das ein deutlicher Erfolg, aber mit Blick auf die nächsten Jahre noch nicht ausreichend. Es müssen noch einige Aufgaben bewältigt werden. Konzepte dafür sind angedacht bzw. schon angelegt. Es ist jetzt wichtig früh genug und mit dem nötigen Mut, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen, um die Konzepte umzusetzen. Dabei ist es wichtig, die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz der Mittel immer im Auge zu behalten.

Das Haushaltssicherungskonzept enthält mehrere Prüfaufträge. Es ist wichtig, sich die Zeit zu nehmen, diese vernünftig abzuarbeiten. Ratsherr Eilers weist auf einige Prüfaufträge explizit hin.

Zum Beispiel ist zu prüfen, ob die Gleichstellungsbeauftragte auch ehrenamtlich tätig sein kann und ob die Zielrichtung der Jugendarbeit mit einem Ansatz von 308.000 € richtig ausgelegt ist. Wichtig ist es auch, dass das Geld, welches in die Seniorenarbeit fließt, richtig eingesetzt wird.

Im Bereich der Grundschulen wurden viele Investitionen zunächst verschoben, ohne dass der Betrieb gefährdet wird. Weitere Ganztagsangebote und die Umsetzung der Inklusion ist aber weiterhin enthalten und mit Mehraufwendungen verbunden. Alle Grundschulen haben einen Bestandsschutz bis 2013, dieses wird Einfluss auf die Strukturen haben. Das Gesamtbudget für alle Grundschulen ist begrenzt und wird bei einer anderen Verteilung vielleicht einen höheren Nutzen erzielen können.

Jeder muss sich aus Sicht des Ratsherrn Eilers bewusst sein, dass er Teil einer Solidargemeinschaft ist. Daher ist immer die Verhältnismäßigkeit zu betrachten. Nutzern von Einrichtungen muss es bewusst sein, dass sie dafür zahlen müssen. Kann keine Kostendeckung erzielt werden, geht es zu Lasten des Steuerzahlers und damit der Solidargemeinschaft.

Kindertagesstätten sind wichtig und notwendig für die Stadt, sie kosten der Stadt ca. 2,87 Mio. € im Jahr. Davon tragen die Eltern über die Gebühr ca. 680.000 €. Zu Lasten der Stadt gehen 2,2 Mio. €. Dies zeigt, dass Varel nicht im sozialen Bereich spart. Dieses ist auf Dauer aber nur möglich, wenn die restlichen Finanzen in Ordnung sind. Wichtig ist dabei, dass die Betriebe optimal organisiert sind, denn zurzeit steigen die Ausgaben in diesem Bereich, obwohl die Kinderzahl sinkt.

Im Bereich der Stadtbücherei sind Aufwendungen in Höhe von ca. 160.000 € veranschlagt. Dem gegenüber stehen Einnahmen für die Ausleihe in Höhe von ca. 9.000 €. Es muss daher die Frage erlaubt sein, geht es auch anders und besteht eine Verpflichtung für die Stadt eine Stadtbücherei vorzuhalten. Die Mehrheitsgruppe hat daher den Prüfauftrag hineingenommen, zu prüfen, wie das Defizit verringert werden kann.

Die Stadt Varel hält drei Bäder vor. Es stellt sich die Frage, ist dieses notwendig? Jedes der drei Bäder hat eine andere Zielrichtung, die alle ihre Existenzberechtigung unterstreicht. Alle Bäder werden mit deutlichem Defizit betrieben. Es muss daher zulässig sein, alles zu hinterfragen und die Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Im Bereich der Sportstätten wird unter Einbindung der Vereine ein Sportstättenkonzept erarbeitet. Es ist wichtig die Motivation der Vereine zu stützen, es stellt sich daher die Frage ob, Nutzungsgebühren für die Sportstätten angedacht werden sollten. Es ist ein hohes Gut, dass in Varel die Sportstätten kostenlos genutzt werden können, es gibt aber auch andere Möglichkeiten, wie die Vereine einen Beitrag leisten könnten.

Bei den Liegenschaften muss die Stadt genau schauen, welche sie in Zukunft braucht und welche nicht. Dabei ist auch die Wirtschaftlichkeit nicht außer Acht zu lassen. In den letzten Jahren wurde das Geld aus den Liegenschaften oft falsch verwendet und nicht in die Werterhaltung der Liegenschaft gesteckt. Auch wenn es schmerzhaft ist, sollte in Erwägung gezogen werden, sich evtl. von einigen Liegenschaften zu trennen. Das Tivoli zum Beispiel ist zurzeit noch gut verpachtet, aber es muss auch berücksichtigt werden, dass in den nächsten Jahren hohe Kosten zur Werterhaltung benötigt werden.

Bei der Sanierung des Schloßplatzes handelt es sich aus Sicht des Ratsherrn Eilers um einen Endpunkt der Innenstadtsanierung, welcher auf jeden Fall ausgeführt werden sollte. In Zukunft wird es keine 5/6-Förderung mehr für die Sanierung geben. Es ist eine große Chance für die Stadt, mit einem Einsatz von 150.000 € den Schloßplatz bei Gesamtkosten von 900.000 € zu sanieren. Die Mehrheitsgruppe bekennt sich klar zur Innenstadt, diese hat aber ein strukturelles Problem, welches die Stadt nicht lösen kann.

In Bezug auf den Stadtumbau West weist Ratsherr Eilers auf den schlechten Zustand des Kasernengeländes hin. Es ist ein Skandal, dass sich der Bund nicht um seine Immobilie kümmert. Es ist richtig, dass es grundsätzlich Aufgabe des Bundes ist, aber der reagiert nicht, ist aber bereit zu verkaufen. Es bietet sich jetzt die Möglichkeit, sukzessive etwas zu entwickeln. Ratsherr Eilers erhofft sich vom Bau des Dienstleistungszentrums einen Impuls für weitere Entwicklungen, denn so wie jetzt kann der Zustand nicht bleiben. Allein kann die Stadt die Konversion nicht zahlen. Eine Co-Finanzierung über den Stadtumbau West ist daher ein erster Anstoß.

Es ist wichtig, dass Varel in Zukunft seine Interessen gegenüber dem Landkreis, dem Land und dem Bund stark vertritt. Dort wo die Stadt Gelder einfordern kann, muss dieses auch geschehen. Das befreit die Stadt aber nicht Eigenverantwortung für die Stadt zu übernehmen und gegebenenfalls auch über mögliche Zusammenschlüsse von Kommunen nachzudenken. Dafür ist eine konstruktive Zusammenarbeit des Rates erforderlich.

Ratsherr Böcker dankt der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe für die gute Vorbereitung des Haushaltes 2012. Es hat gemeinsame Gespräche, wenn diese auch kurz waren, zur Vorbereitung gegeben. Insgesamt war die Zusammenarbeit sehr gut.

Die derzeitige Haushaltssituation ist dramatisch und es stellt sich die Frage nach Lösungen. Wichtig ist aus Sicht des Ratsherrn Böcker, dabei ehrlich mit den Bürgern umzugehen und ihnen deutlich zu sagen, wie es um den Haushalt der Stadt

Varel steht. Einsparungen sind notwendig. Durch das Abschalten der nächtlichen Straßenbeleuchtung wurde dazu ein Beitrag geleistet und das war aus seiner Sicht gut. Das Schieben der Investitionen ist aber in Wirklichkeit kein Sparen, denn damit werden die Probleme nur vor sich her geschoben.

Bei den städtischen Wohnungen ist es jetzt wichtig, dass Geld investiert wird, um dringend notwendige Investitionen nachzuholen. Die BBV steht weiter zur Familienweiterung auf der Schützenwiese und dafür ist auch eine Anbindung erforderlich. Auch die Entwicklung um den Schlossplatz, das Postgebäude und den Stadtumbau West begrüßt die Fraktion BBV. Dagegen kann aus ihrer Sicht auf eine Dorferneuerung Dangast verzichtet werden. Es wäre wichtiger dieses Geld in Varel zu lassen.

Die Fraktion BBV wird dem Haushaltsentwurf zustimmen. Beim Haushaltssicherungskonzept wird sich allerdings Ratsherr Böcker enthalten.

Auch Ratsherr Meinen weist auf die schwere finanzielle Situation der Stadt Varel hin. Er lobt die Verwaltung und die Mehrheitsgruppe, dass es ihnen gelungen ist, mit diesem Haushalt das Allerschlimmste abzuwenden. Jetzt hoffen sie, dass dieses Zahlenwerk genehmigt wird. Bündnis 90/Die Grünen und die BBV konnten dem Entwurf relativ wenig weitere Ideen beifügen, da kurzfristig kaum weiterer Spielraum vorhanden ist. Es sei denn, man geht an die Investitionen heran, mit denen die Zukunft von Varel gestaltet werden sollen, wie z. B. dem Schlossplatz und dem Stadtumbau West. Der Stadtumbau West muss in der nächsten Zeit sehr intensiv betrachtet werden, Ratsherr Meinen geht aber davon aus, dass es dort zu Veränderungen kommen wird. Grundsätzlich könnte die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/BBV dem Haushalt zustimmen, ein Teil der Gruppe wird sich aber dagegen aussprechen, da sie eine deutliche Darstellung der wirklichen finanziellen Situation gegenüber dem Bürger vermisst. An vielen Investitionen steht der Vermerk „verschoben“, es wird aber nicht deutlich auf wann. Es wäre deutlicher zu sagen, dass die Pausenhalle in Langendamm und der Anbau für die Feuerwehr auch im nächsten Jahr nicht zu finanzieren ist. Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/BBV vermisst zudem den Ansatz von 15.000 € für den Brandschutzbedarfsplan.

Das Haushaltssicherungskonzept enthält eine Aufzählung der Baustellen in Varel, es werden aber keine möglichen Lösungen aufgezeigt. Die Stadt muss sich fragen, ob 4 Großsporthallen in Varel notwendig sind. Wie soll es mit dem Tivoli weiter gehen? Es hat sich aus Sicht des Ratsherrn Meinen gezeigt, dass Kommunen schlechte Immobilienverwalter sind. Die Verwaltung muss endlich von einigen Baustellen befreit werden, damit sie sich auf die übrigen Projekte konzentrieren kann, z. B. die Zusammenlegung von Bau- und Gartenamt. Im Haushaltssicherungskonzept fehlt gänzlich das Thema Einnahmeverbesserung. Ratsherr Meinen glaubt nicht, dass es ausreichend sein wird über Einsparungen zu reden, auch bei den Einnahmen dürfen keine Positionen ausgelassen werden. Es ist wichtig, dass in Zukunft das wenige Geld, welches der Stadt verbleibt, effizient einzusetzen. Abschließend weist Ratsherr Meinen auf das Projekt „Bürgerhaushalt“ hin. Rat und Verwaltung sollten ernsthafte Schritte darauf zu gehen. Viele Einschnitte werden für die Bürger schmerzlich und den Bürgern kaum zu vermitteln sein. Ein Bürgerhaushalt böte die Chance, die Bürger ein Stück weit mitzunehmen. Viele Bürger wissen gar nicht, was die einzelnen Dienstleistungen kosten, es würde dazu beitragen dieses transparenter zu machen.

Ratsherr Meinen fordert alle auf, jetzt für die weiteren Konzepte und erforderlichen Beschlüsse mit dem nötigen Pragmatismus voran zu schreiten und keine weitere Zeit zu verlieren. Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/BBV stehen für die weitere Zusammenarbeit zur Verfügung.

Bürgermeister Wagner dankt den Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ebenso dankt er den Verwaltungsmitarbeitern, die sich sehr stark in die Haushaltserstellung eingebracht haben.

Bürgermeister Wagner weist auf zwei Dinge zu den Aussagen von Ratsherrn Funke hin. Auch in der Vergangenheit hätte die Stadt Varel viele Dinge nicht umsetzen können, wenn nicht 2006 die Kläranlage verkauft worden wäre. Gerade bei den Investitionen lebt die Stadt seit dem von den Rücklagen. Dies war der Grund, warum die Stadt Varel keine Kredite aufnehmen musste.

Hinsichtlich der Angelegenheit Gemeinde Wangerland, sollte nochmals darüber nachgedacht werden, wie man damit umgeht.

Auf dem in der letzten Woche stattgefundenen Nds. Städtetag ging es im Wesentlichen um drei Themen. Zum einen um die Schuldenbremse des Bundes und des Landes zu Lasten der Kommunen und als zweites um den Zukunftsvertrag, den das Land Niedersachsen mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt hat. Dieser Zukunftsvertrag ist jetzt schon überzeichnet, dass heißt viele Kommunen haben sich auf den Weg gemacht. Die Fraktionen sollten darüber beraten, wie die Stadt Varel zum Zukunftsvertrag steht.

Drittes wichtiges Thema war der Bereich der Inklusion, diese sollte in allen Überlegungen mit aufgenommen werden.

Für den Bürgermeister ist das Jahr 2012 das Jahr der Konzepte. Heute wird das größte Konzept, das Finanzkonzept verabschiedet, das aus seiner Sicht Mut macht. Er bedankt sich bei allen Fraktionen und der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit.

Heute werden mutige Streichungen, wichtige Verschiebungen, aber auch mutige Investitionen beschlossen. Er fordert alle Ratsmitglieder auf, zu diesen Entscheidungen zu stehen, dann werden auch die Bürger sie mit tragen. Die Ratsmitglieder sollten neu denken und nicht in vergangenen Strukturen.

Aus Sicht des Ratsherrn Bruns ist die Bildung eines Zusammenhangs zwischen der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder und der Kürzung des Ansatzes für das Betriebsfest der städtischen Mitarbeiter nur schwer nachvollziehbar. Bereits in der Sitzung des Rates als es um die Entscheidung über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ging, hat die Mehrheitsgruppe sich dafür ausgesprochen nach Ablauf eines Jahres die Kosten für das Sitzungsgeld erneut zu überprüfen und gegebenenfalls Schlüsse daraus zu ziehen.

Wichtig ist, dass Beschlüsse, die der Rat fasst auch Bestand haben und nicht laufend geändert werden.

Ratsherr Bruns bestätigt, dass er die Dorferneuerung im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept sieht.

Zum Dienstleistungsgebäude, sollte man aus seiner Sicht jetzt die Chance ergreifen, etwas auf dem Kasernengelände zu bewegen. Die Alternative wäre der Ausstieg aus dem Stadtumbau West. Dann sollte man aber auch deutlich sagen, dass man keine Entwicklung auf dem Kasernengelände möchte.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski stellt klar, dass die Fraktion MMW nicht grundsätzlich gegen den Stadtumbau West ist, sondern nur dagegen, dass die Stadt mit dem Eigenanteil das Dienstleistungsgebäude des Landkreises fördert. Was die Innenstadtsanierung angeht, sieht die Fraktion MMW wichtigere Gebiete als den Schlossplatz z. B. die Marktstraße vor der LzO.

6.3.1.1.1 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Stadtsanierung Stadt-

umbau West
Vorlage: 097/2012/2

Beschluss:

Im Investitionshaushalt 1.110073 – wird auf die Stadtsanierung Stadtumbau West verzichtet und dadurch ein Einsparvolumen von 450.000 € erzielt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 8 Nein: 22

6.3.1.1.2 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Anbindung Schützenwiese
Vorlage: 097/2012/4

Ratsherr Böcker weist darauf hin, dass dann, wenn diesem Antrag gefolgt wird, keine Anbindung an die Schützenwiese erfolgen wird. Ratsherr Funke stellt klar, dass es der Fraktion ZV darum geht, dass durch die Stadt kein Geld für diese Anbindung gezahlt wird.

Wenn diesem Antrag nachgekommen wird, wird die Stadt aus Sicht des Ratscherrn Bruns vertragsbrüchig, so dass der Verkauf der Schützenwiese rückabgewickelt werden muss. Das würde dazu führen, dass die Stadt 3 Mio. € zurückzahlen muss.

Das zeigt aus Sicht des Ratscherrn Funke, dass die Stadt einen schlechten Vertrag abgeschlossen hat. Darüber hinaus bedauert er nochmals, dass die Stadt versäumt hat, Alternativen zu prüfen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Anbindung der Schützenwiese ein Teilpaket des Verkaufs war. Es ist schwierig, den Verkauf jetzt wieder rückgängig zu machen. Er plädiert daher für die Ablehnung des Antrages.

Ratsherr Meinen schließt sich den Äußerungen des Bürgermeisters an.

Aus Sicht des Ratscherrn Funke wäre eine Rückabwicklung des Vertrages nicht die schlechteste Alternative, denn dann könnten andere Modelle geprüft werden.

Beschluss:

Im Investitionshaushalt 1.541201 – werden durch Verzicht auf die Anbindung der Schützenwiese Kosten in Höhe von 630.000 € eingespart.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 8 Nein: 22

6.3.1.1.3 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Aufwandsentschädi-

ung für die Ratsmitglieder
Vorlage: 097/2012/6

Beschluss:

Im Finanzhaushalt, Produktgruppe 111001 werden durch die Rücknahme der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder Kosten in Höhe von 10.700 € eingespart.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 4 Nein: 22 Enthaltungen: 4

6.3.1.1.4 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Umgestaltung des Schloßplatzes
Vorlage: 097/2012/3

Beschluss:

Im Investitionshaushalt 1.110103 – werden durch Verzicht auf die Umgestaltung des Schlossplatzes Planungskosten in Höhe von 40.000 € eingespart.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 8 Nein: 22

6.3.1.1.5 Antrag der Fraktion Zukunft Varel zum Haushalt 2012; Kinderspielplatz Dangast
Vorlage: 097/2012/15

Beschluss:

Auf den Bau des Kinderspielplatzes in Dangast wird verzichtet und damit Kosten in Höhe von 250.000 € eingespart.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 4 Nein: 26

6.3.1.1.6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012; Satzungsbeschluss
Vorlage: 097/2012

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012 wird nebst dem Investitionsprogramm in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012 anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss
Ja: 20 Nein: 10

**6.3.1.2 15. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
Vorlage: 098/2012**

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 der Stadt Varel in der Fassung der 15. Fortschreibung wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 12.03.2012 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 19 Nein: 10 Enthaltungen: 1

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

8 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 21:35 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)